

Feinstaub für viele nur abstrakte Bedrohung Trotz alarmierender Gesundheitsbelastung wollen nur wenige ihr Verhalten im Alltag ändern - Vermittlung von Umweltproblemen bereitet Probleme

Wien – Die Diskussion um den Klimawandel ist für den Gesundheitsbereich ein Glücksfall, ist Roberto Bertollini überzeugt. Schließlich, meint der Direktor des europäischen Spezialprogrammes "Gesundheit und Umwelt" im Gespräch mit dem Standard, wäre über die Erderwärmung das Thema Umweltschutz plötzlich wieder in den Köpfen von Politik und Bevölkerung präsent. Dabei sei gerade in diesem Bereich eine langfristige und schlüssige Vorgehensweise notwendig.

Verhalten ändern

Beispiel Feinstaub: Der EU-Grenzwert sei noch immer doppelt so hoch wie die WHO-Empfehlung. Doch selbst diese höheren Werte werden gebietsweise drastisch überschritten. "Dabei gibt es durchaus erprobte Maßnahmen im Verkehrsbereich wie Tempolimits oder Fahrverbote im innerstädtischen Bereich", meint Bertollini. Das Problem dabei: Auch wenn Berichte über die Umwelt- und Gesundheitsbelastung die Bevölkerung alarmieren, wollen nur wenige ihr Verhalten im Alltag ändern.

Sinneswandel beim Rauchen

Was natürlich auch an der eher abstrakten Bedrohung liege. Wenn ein Auto einen Fußgänger rammt, sei Ursache und Wirkung offensichtlich; dass dieses Auto über seinen Auspuff Partikel in die Luft bläst, die Jahre später bei dem Fußgänger zu Herzinfarkt oder Asthma führen können, dagegen weniger. Detto die Situation beim Rauchen, wo sich in den vergangenen Jahren in Europa allerdings ein deutlicher Sinneswandel vollzogen habe.

"Auch in diesem Fall hat es Jahrzehnte gedauert, bis die Warnungen der Mediziner ernst genommen worden sind", meint der Experte. Und wünscht sich einen Kulturwandel: Umwelt- und damit Gesundheitsfolgen sollten bei jedem neuen Gesetz in Europa mitbedacht werden müssen. Wie in Österreich, wo (zumindest theoretisch) derzeit die finanziellen Auswirkungen auf Bund und Länder bei Gesetzesentwürfen angegeben werden müssen.

"Meine Vision ist, dass Gesundheitsministerien davon abrücken, nur für Ärzte und Kranke zuständig zu sein. Sie sollten sich als Anwalt der Gesamtbevölkerung verstehen, die auf potenzielle Probleme hinweisen." (moe, DER STANDARD Printausgabe 14,6,2007)

Link zum Online-Artikel:

<http://derstandard.at/?url=/?id=2917699>